Hinweis: Das vorliegende Angebot richtet sich ausschließlich an Mitglieder der Bürger Energie Genossenschaft – Freisinger Land eG (BEG-FS). Das Angebot unterliegt deswegen nicht der Prospektspflicht nach dem Vermögensanlagegesetz. Für weiterführende Informationen über diese Übersicht hinaus wenden Sie sich bitte an den Vorstand der Bürger Energie – Genossenschaft Freisinger Land eG.

1 Projektdaten

Emittentin:	Bürger Energie Genossenschaft Freisinger Land eG Angerbrunnenstr. 12, 85356 Freising
Anlagenstandort:	D-85411 Hohenkammer
Anzahl der Windräder:	2
Typ:	ENERCON E-175 EP5 E2
Nabenhöhe:	174,5 Meter
Rotordurchmesser:	175 Meter
Gesamthöhe:	262,0 Meter
Stromproduktion Bürger-Windpark Hohenkammer (Prognose):	27.623 MWh /a
Geplanter Baubeginn:	10 / 2025
Geplante Inbetriebnahme:	12 / 2027
Nutzungsdauer:	mind. 20 Jahre
Vermarktung:	Geförderte Direktvermarktung (Marktprämienmodell) nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz EEG
Gesamtkosten:	ca. 25,25 Mio. € netto (Prognose)
Finanzierung:	Bis zu 4,5 Mio. € <u>Nachrangdarlehen</u> mit vorinsolvenzlicher Durchsetzungssperre von Mitgliedern der Genossenschaft sowie Eigenkapital und Fremdkapital (Bankdarlehen)

2 Projektbeschreibung

Anlageobjekt Die Anlageobjekte umfassen zum Zeitpunkt der Errichtung zwei neue Windenergieanlagen des Herstellers ENERCON, vom Typ E-175 EP5 E2. Die Windenergieanlagen weisen eine Nabenhöhe von 174,5 Metern auf. Die Nennleistung beträgt für beide Anlagen je 7.000 kW zur Einspeisung der elektrischen Energie in das öffentliche Stromnetz. Die Windenergieanlagen des Bürger-Windparks Hohenkammer (nachfolgend: „**BWP Hohenkammer**“) befinden sich am Standort D-85411 Hohenkammer, Gemarkung Hohenkammer, Flurstücke 1306 und 1307. Die Inbetriebnahme der Windenergieanlagen wird voraussichtlich im Dezember 2027 erfolgen.

Als Projektierungs- und Betriebsgesellschaft für den BWP Hohenkammer dient der Bürger Energie

Genossenschaft Freisinger Land eG (nachfolgend: „**BEG-FS**“) die Bürger-Wind Hohenkammer GmbH & Co. KG (eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München unter HRA 121058) (nachfolgend: „**BWH KG**“). Neben der Emittentin mit einer Beteiligungsquote von aktuell 100 % ist eine weitere Beteiligung an der BWH KG durch die BürgerEnergie HaPeVi eG (bis zu 10 %) geplant. Die BürgerEnergie HaPeVi eG plant ebenso wie die Emittentin Nachrangdarlehen anzubieten. Möglicherweise wird zu einem späteren Zeitpunkt (frühestens zur Inbetriebnahme) noch die Kommune Hohenkammer zu einem Umfang von insgesamt unter 25 % eine Beteiligung an der BWH KG von der BEG-FS erwerben. Die BEG-FS wird eine Beteiligungsquote von 65 % daher nicht unterschreiten.

Die Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz für die Errichtung und den Betrieb des BWP Hohenkammer (BImSchG-Genehmigung) wurde am 17.06.2025 vom Landratsamt Freising erteilt und wurde am 17.07.2025 öffentlich bekannt gemacht. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Projektbeschreibung ist die Klagefrist abgelaufen. Der Emittentin sind keine Klagen Dritter gegen die BImSchG-Genehmigung bekannt.

Zur Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz liegen zwei ergänzende Bescheide vor. Dies betrifft zum einen eine Änderungsgenehmigung, welche die Errichtung einer anderen Turm-Variante ermöglicht, die für den Betreiber aktuell leichter auf dem Markt erhältlich ist. Dieser Bescheid kann isoliert gerichtlich angegriffen werden. Die Klagefrist endet am 08.10.2025. Der Emittentin sind zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Projektbeschreibung keine Klagen Dritter gegen die Änderungsgenehmigung bekannt.

Zum anderen liegt eine Ergänzung einer naturschutzrechtlichen Nebenbestimmung der Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz vor. Auch dieser Bescheid kann isoliert gerichtlich angegriffen werden. Die Klagefrist endet am 13.10.2025. Der Emittentin sind zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Projektbeschreibung keine Klagen Dritter gegen die Ergänzung der Nebenbestimmung bekannt.

Die erforderliche Netzanschlussvoraussetzung der Windenergieanlagen, die technische Anbindung über einen Netzanschlusspunkt an das öffentliche Stromnetz des Bayernwerks wird über das Umspannwerk UW Kranzberg hergestellt. Es liegt eine Reservierungszusage für diesen Netzanschlusspunkt vor. Ein Netzanschlussvertrag mit einem verbindlichen Zeitplan wurde noch nicht abgeschlossen.

Die BWH KG hat noch nicht alle für die Errichtung und den Betrieb der Windenergieanlagen erforderlichen Verträge abgeschlossen. Abgeschlossen wurden bereits Gestattungs- und Nutzungsverträge über die wesentlichen Grundstücke (Standort, Rotorüberstrich, Kompensationsfläche). Noch nicht abgeschlossen wurden folgende relevante Verträge:

- Verträge für die Errichtung der elektrischen und baulichen Infrastruktur; Die Verträge sollen bis Mitte des Jahres 2026 verhandelt und abgeschlossen werden.
- Vertrag über die Lieferung, Montage und Inbetriebnahme der Windenergieanlagen sowie Vollwartungsvertrag mit dem Hersteller (Die Unterzeichnung durch die BWH KG ist erfolgt. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Projektbeschreibung ist die Unterzeichnung durch den Hersteller noch nicht erfolgt).

Die voraussichtlichen Gesamtinvestitionskosten der Anlageobjekte betragen 25.250.000,00 € (Prognose).

Die BWH KG hat ein Gebot für die Teilnahme an der Ausschreibung der Bundesnetzagentur (BNetzA) für Wind an Land zum Gebotstermin am 01.08.2025 abgegeben. Bei Zuschlag durch die BNetzA erhält die BWH KG eine geförderte Direktvermarktung (Marktprämienmodell), d.h. die BWH KG hat die Möglichkeit für den erzeugten und eingespeisten Strom im Rahmen der gesetzlichen Regelung eine feste Mindestvergütung für 20 Jahre ab Inbetriebnahme zu erhalten. Erhält die BWH KG keinen Zuschlag zu dem Gebotstermin am 01.08.2025, kann sie in einer anderen Ausschreibungsrunde der BNetzA teilnehmen (z.B. zum nächsten Gebotstermin am 01.11.2025).

Für die Realisierung des BWP Hohenkammer reichen die Nettoeinnahmen aus der Einwerbung der qualifizierten Nachrangdarlehen allein nicht aus. Die BWH KG finanziert die Realisierung des BWP Hohenkammer zusätzlich mit Eigenkapital und Fremdkapital (Bankdarlehen). Die BWH KG wird hierfür langfristige Darlehensverträge in Höhe von insgesamt 20.250.000,00 € schließen. Die BWH KG befindet sich hierzu bereits in fortgeschrittenen Verhandlungen mit einer finanzierenden Bank. Es ist geplant, den Darlehensvertrag bis Ende Dezember 2025 abzuschließen.

Die Zins- und Rückzahlung der Vermögensanlage soll durch die Veräußerung des durch die Windenergieanlagen erzeugten Stroms erwirtschaftet werden.

Anlagestrategie/Anlagepolitik

Die Anlagestrategie besteht darin, das erworbene Kapital an die BWH KG zweckgebunden in Form eines Nachrangdarlehens mit vorinsolvenzlicher Durchsetzungssperre weiterzuleiten und durch die Rückflüsse die eigenen Verpflichtungen (insb. Zins- und Rückzahlungen für die Anleger) zu decken. Die BWH KG verwendet die Gelder zur Finanzierung der Errichtung und des Betriebes des BWP Hohenkammer. Im Ergebnis werden die Zins- und Rückzahlungen durch die BWH KG an die Emittentin ausschließlich aus den Umsatzerlösen aus der Einspeisung und dem Verkauf der durch die Windenergieanlagen erzeugten elektrischen Energie erwirtschaftet.

3 Finanzierungsmodell durch Darlehen mit qualifiziertem Nachrang mit vorinsolvenzlicher Durchsetzungssperre

Bis zu einem Volumen von 25% der zur Verfügung stehenden Anteile werden bis zum Stichtag 15.10.2025 Zeichnungswünsche von Anwohnern mit Hauptwohnsitz in 85411 Hohenkammer, 85293 Reichertshausen und 85238 Petershausen vorrangig vor Anwohnern anderer Gebiete berücksichtigt. Die Zeichnungswünsche werden insgesamt in der Reihenfolge des Eingangs bei der BEG-FS berücksichtigt (Windhundprinzip). Sollte das für die Anwohner mit Hauptsitz in den vorgenannten Gemeindegebieten reservierter Volumen i.H.v. 25 % der zur Verfügung stehenden Anteile bis zu dem oben genannten Stichtag nicht verbraucht sein, erfolgt die Verteilung der insoweit verbleibenden Anteile ebenfalls nach dem Windhundprinzip (maßgeblich ist auch insoweit der Veröffentlichungszeitpunkt der hiesigen Projektbeschreibung)

Höhe eines Anteils Mindestens 1.000,00 €, höhere Beträge müssen ohne Rest durch 1.000,00 € teilbar sein. Sofern ein höherer Betrag als 1.000,00 € als Darlehen gewährt werden soll, muss dies von der BEG-FS genehmigt werden; die Genehmigung erfolgt mit Zusendung des Darlehensvertrages. Die Genehmigung kann ohne Vorliegen eines besonderen Grundes versagt werden.

Anzahl der Anteile Die Nachrangdarlehen werden nach dem Windhundverfahren vergeben. Wer sich zuerst meldet, kann sich entsprechend dem noch freien Zeichnungskontingent beteiligen. Sollten die Zeichnungssummen aller annahmefähigen Angebote zum Abschluss eines Nachrangdarlehensvertrags das Emissionsvolumen erreichen, werden die später eingehenden und darüber hinaus gehenden Zeichnungswünsche nicht berücksichtigt.

Darlehensbedingungen

Laufzeit	Zinssatz	Tilgungsbeginn	Raten	Volumen
ca. 10 Jahre	3,0 %	31.12.2031	5	1.500.000,00 €
ca. 20 Jahre	5,0 %	31.12.2036	10	3.000.000,00 €

Das Volumen der Darlehen mit einer Laufzeit von ca. 10 Jahren wird den Gesamtbetrag i.H.v. 1.500.000,00 € nicht übersteigen. Auch insoweit gilt hinsichtlich der Deckelung des Volumens das vorbeschriebene Windhundverfahren, d.h.: Sollten die Zeichnungssummen aller annahmefähigen Angebote zum Abschluss eines Nachrangdarlehensvertrags mit einer Laufzeit von ca. 10 Jahren das Emissionsvolumen von 1.500.000,00 € erreichen, werden die später eingehenden und darüber hinaus gehenden Zeichnungswünsche nicht berücksichtigt. Wird das Volumen der Darlehen mit einer Laufzeit von ca. 10 Jahren nicht ausgeschöpft, erhöht sich das Volumen für die Darlehen mit einer Laufzeit von ca. 20 Jahren in Höhe des insoweit freibleibenden Volumens der Darlehen mit einer Laufzeit von ca. 10 Jahren.

Laufzeit Die Laufzeit des qualifizierten Nachrangdarlehens beginnt mit Abschluss des Nachrangdarlehensvertrags und endet für das Darlehen mit einer Laufzeit von ca. 10 Jahren am 31.12.2035 und für das Darlehen mit einer Laufzeit von ca. 20 Jahren am 31.12.2045.

Kündigung Während der Laufzeit ist das Recht zur ordentlichen Kündigung für beide Parteien grundsätzlich ausgeschlossen. Von diesem Grundsatz gibt es die folgende Ausnahme: Der Anleger kann den Vertrag mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres vorzeitig kündigen, sofern er eine natürliche oder juristische Person benennt, welche den Darlehensvertrag an seiner Stelle fortführt bzw. einen Ersatzvertrag schließt, Mitglied der BEG-FS ist und mit dem die Emittentin einig wird. Die der Emittentin durch die Kündigung entstehenden Kosten sind vom Anleger zu tragen. Diese vorzeitige Kündigung wird erst wirksam, wenn der Darlehensvertrag zwischen dem neuen Nachrangdarlehensgeber und der Emittentin unterzeichnet und die gesetzliche Widerrufsfrist von zwei Wochen abgelaufen ist sowie die Einzahlung der Darlehenssumme durch den neuen Nachrangdarlehensgeber auf das Konto der Emittentin erfolgt ist. Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund, das beidseitig besteht, bleibt unberührt. Ein vorzeitiger Rücktritt ist nur von Seiten der Emittentin gem. Nachrangdarlehensvertrag möglich, wenn der Anleger den Nachrangdarlehensbetrag nach Vertragsschluss nicht fristgerecht überweist. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung

gem. § 490 Abs. 1 BGB wird im Nachrangdarlehensvertrag abbedungen. Somit entfällt die Möglichkeit zur außerordentlichen Kündigung, falls in den Vermögensverhältnissen der Gesellschaft eine wesentliche Verschlechterung eintritt oder einzutreten droht, durch die die Rückzahlung des qualifizierten Nachrangdarlehens gefährdet wird. Das Recht zur außerordentlichen fristlosen Kündigung aus anderweitigen wichtigen Gründen bleibt für beide Parteien unberührt. Jede Kündigung ist schriftlich gegenüber dem jeweils anderen Vertragspartner zu erklären.

Verzinsung Fest für die ganze Laufzeit taggenau (Berechnungsmethode act/act). **Die Ansprüche auf Verzinsung sind von dem qualifizierten Rangrücktritt erfasst.**

Zins-/Tilgungszahlung Die Tilgungszahlung erfolgt einmal jährlich zum 31.12. Für Darlehen mit einer Laufzeit von ca. 10 Jahren erstmals zum 31.12.2031 und für Darlehen mit einer Laufzeit von ca. 20 Jahren erstmals zum 31.12.2036. **Die Ansprüche auf Verzinsung sind von dem qualifizierten Rangrücktritt erfasst.**

Rückzahlung Die BEG-FS kann das Darlehen jederzeit zurückzahlen.

Sicherheit Das Darlehen wird nicht besichert.

Qualifizierte Nachrangabrede Das Darlehen ist mit einer sog. qualifizierten Nachrangabrede mit vorinsolvenzlicher Durchsetzungssperre ausgestattet. Bitte beachten Sie hierzu die **Risikohinweise** auf Seite 5 dieser Projektbeschreibung unter dem Stichpunkt „Risiken“

Form des Beitritts Die formalen Voraussetzungen sind gering. Die Einschaltung eines Notars ist nicht nötig. Es genügt der Darlehensvertrag.

Risiken Die Gewährung des qualifizierten Nachrangdarlehens stellt in rechtlicher Hinsicht keine unternehmerische Beteiligung dar. Sie ist bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise jedoch mit einer unternehmerischen Beteiligung vergleichbar. In den nachfolgenden Risikohinweisen sind die wesentlichen mit der vorliegenden Vermögensanlage verbundenen Risiken benannt. Es können jedoch nicht sämtliche Risiken benannt und auch die benannten Risiken nicht abschließend erläutert werden.

Es besteht das Risiko des **Totalverlusts** des eingesetzten Kapitals. Für den Fall, dass der Anleger für die Investition in das Nachrangdarlehen ganz oder teilweise eine Fremdfinanzierung aufnimmt, besteht das Risiko, dass der Kapitaldienst der Fremdfinanzierung bedient werden muss, auch wenn keine Rückzahlungen oder Erträge aus dem Nachrangdarlehen generiert werden. Etwaige steuerliche Belastungen hat der Anleger aus seinem Vermögen zu begleichen, das nicht in das Nachrangdarlehen investiert ist. Die genannten Umstände können zur Privatinsolvenz des Anlegers führen.

Es handelt sich um eine unternehmerisch geprägte Investition. Es besteht das Risiko, dass in Zukunft nicht die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen, um die Zinsforderungen zu erfüllen und die

Nachrangdarlehen zurückzuzahlen. Die Emittentin ist für die fristgerechte und vollständige Leistung von Zins und Tilgung an die Anleger darauf angewiesen, dass die BWH KG ihren der Emittentin gegenüber bestehenden Verpflichtungen fristgerecht und vollständig nachkommt. Ist dies nicht der Fall, können auf Ebene der Emittentin Zahlungsschwierigkeiten bis hin zu einer möglichen Insolvenz entstehen.

Bei dieser Vermögensanlage handelt es sich um ein Nachrangdarlehen mit einem sogenannten **qualifizierten Rangrücktritt**. Dies bedeutet, dass der Anleger ein Risiko trägt, das höher ist als das eines gewöhnlichen Fremdkapitalgebers, und welches über das allgemeine Insolvenzausfallrisiko hinausgeht. Denn sämtliche Ansprüche des Anlegers aus dem Nachrangdarlehensvertrag – insbesondere die Ansprüche auf Rückzahlung des Nachrangdarlehensbetrags und auf Zahlung der Zinsen – („Nachrangforderungen“) sind solange und soweit ausgeschlossen, als dadurch ein Grund für die Insolvenz der BEG-FS hervorgerufen wird oder werden kann (d.h. Zahlungsunfähigkeit nach § 17 Insolvenzordnung und/oder Überschuldung nach § 19 Insolvenzordnung), sog. vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre. Im Fall eines Liquidationsverfahrens oder der Insolvenz der BEG-FS treten die Forderungen des Darlehensgebers auf Rückzahlung des Darlehensbetrages und der Zahlung der Zinsen im Rang hinter die Forderungen aller nicht nachrangigen Gläubiger der BEG-FS sowie im Insolvenzfall hinter sämtlichen in § 39 Abs. 1 Insolvenzordnung bezeichneten nachrangigen Forderungen zurück. Der Darlehensgeber wird daher mit seinen Nachrangdarlehensforderungen erst nach vollständiger und endgültiger Befriedigung sämtlicher anderer Gläubiger der BEG-FS berücksichtigt. Die qualifizierte Nachrangklausel mit vorsolvenzlicher Durchsetzungssperre gilt sowohl vor als auch nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Dies bedeutet, dass die Ansprüche aus dem Nachrangdarlehen bereits dann nicht mehr durchsetzbar sind, wenn der Nachrangdarlehensnehmer zum Zeitpunkt des Zahlungsverlangens zahlungsunfähig oder überschuldet ist oder dies zu werden droht. Die Ansprüche des Nachrangdarlehensgebers sind dann dauerhaft in ihrer Durchsetzung gesperrt, solange und soweit diese Krise des Nachrangdarlehensnehmers nicht behoben wird. Dies kann dazu führen, dass die Ansprüche des Nachrangdarlehensgebers bereits außerhalb eines Insolvenzverfahrens dauerhaft nicht durchsetzbar sind. Er kann somit auch vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens sein Kapital nicht abziehen, wenn durch die Rückzahlung ein Insolvenzgrund geschaffen würde. Die Insolvenzeröffnung kann hierdurch deutlich nach hinten verschoben werden, denn aufgrund der Ansprüche der Nachrangdarlehensgeber, die sich mit einer insolvenzvermeidenden Durchsetzungssperre einverstanden erklärt haben, könnte das Insolvenzverfahren nicht eröffnet werden. Der Nachrangdarlehensnehmer könnte ohne Insolvenzantrag weiter wirtschaften, bis das „Nachrangkapital“ vollständig verbraucht und nun die Bedienung auch der übrigen – regulären – Gläubiger gefährdet ist. Der Ausschluss der Ansprüche aufgrund dieser Nachrangklausel kann dauerhaft für unbegrenzte Zeit wirken. Der Darlehensgeber trägt damit ein über das allgemeine Insolvenzausfallrisiko hinausgehendes unternehmerisches Risiko, das höher ist als das Risiko eines regulären Fremdkapitalgebers und dessen Realisierung er nicht beeinflussen kann.

Die Einhaltung des oben genannten voraussichtlichen Inbetriebnahmezeitpunktes des BWP Hohenkammer hängt von vielen Faktoren ab, auf welche die Emittentin teilweise keine Einflussmöglichkeit hat. So können z.B. bei der Herstellung der Windräder Mängel auftreten, die durch ausführende Unternehmen beseitigt werden müssen, bevor der BWP Hohenkammer in Betrieb genommen werden kann.

Nach Bekanntgabe des EEG-Zuschlags muss die BWH KG innerhalb von 36 Monaten den BWP Hohenkammer in Betrieb genommen, ansonsten erlischt der Zuschlag. Wird der BWP Hohenkammer später als 30 Monate nach Bekanntgabe des EEG-Zuschlags in Betrieb genommen, muss die BWH KG eine Pönale zwischen 10 und 30 Euro pro kW zahlen. Dies kann die Wirtschaftlichkeit entsprechend mindern und dadurch Auswirkungen auf die Rückführung des Nachrangdarlehens durch die BWH KG und damit Auswirkungen auf die Rückführung dieses Nachrangdarlehens haben.

Wesentlich für die Inbetriebnahme ist auch die Anbindung über einen Netzanschlusspunkt an das öffentliche Stromnetz. Dieser Anschluss ist aktuell an das Netz des Bayernwerks geplant. Zwar besteht gem. § 8 EEG 2023 gegen den Netzbetreiber ein Anspruch auf Anschluss des BWP Hohenkammer an das Netz, der Zeitpunkt des Netzanschlusses ist zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht endgültig vorhersehbar, da es beim Netzanschluss zu Verzögerungen kommen kann (z.B. aufgrund erforderlicher Netzausbaumassnahmen oder fehlender Personalkapazitäten beim Netzbetreiber), die den Inbetriebnahmezeitpunkt dann nach hinten verschieben, und ein verbindlicher Zeitplan für die Herstellung des Netzanschlusses mit dem Netzbetreiber noch nicht festgelegt ist. Es besteht daher das Risiko, dass der BWP Hohenkammer nicht zum geplanten Inbetriebnahmetermin ans öffentliche Stromnetz angeschlossen werden kann und die BWH KG u.a. nicht die erwartete EEG-Vergütung erhält und eine Pönale zahlen muss. Dies kann Auswirkungen auf die Rückführung des Nachrangdarlehens durch die BWH KG und damit Auswirkungen auf die Rückführung dieses Nachrangdarlehens haben.

Der Vertrag über die Lieferung, Montage und Inbetriebnahme der Windenergieanlagen mit dem Hersteller wurde durch die BWH KG bereits unterzeichnet. Eine Unterzeichnung durch den Hersteller ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Projektbeschreibung noch nicht erfolgt. Aus diesem Grund und aufgrund etwaiger Störungen im Bauablauf (z.B. fehlerhafte Bauausführung, Lieferengpässe, höhere Gewalt) besteht das Risiko, dass der BWP Hohenkammer nicht zum geplanten Inbetriebnahmetermin ans öffentliche Stromnetz angeschlossen werden kann und die BWH KG u.a. nicht die erwartete EEG-Vergütung erhält und eine Pönale zahlen muss oder/und, dass die Kosten höher als bisher angenommen sind. Dies kann Auswirkungen auf die Rückführung des Nachrangdarlehens durch die BWH KG und damit Auswirkungen auf die Rückführung dieses Nachrangdarlehens haben.

Da noch keine langfristigen Darlehensverträge in Höhe von insgesamt 25.250.000,00 € abgeschlossen wurden, besteht das Risiko, dass die Kosten höher als bisher angenommen sind. Dies kann Auswirkungen auf die Rückführung des Nachrangdarlehens durch die BWH KG und damit Auswirkungen auf die Rückführung dieses Nachrangdarlehens haben.

Es besteht das Risiko, dass die oben genannte Änderungsgenehmigung (Turm-Variante) sowie die oben genannte Ergänzung der naturschutzrechtlichen Nebenbestimmung aufgrund noch eingehender Klagen Dritter aufgehoben werden, so dass der BWP Hohenkammer nicht oder nicht zu den geplanten Terminen fertiggestellt werden und das Projekt dadurch scheitert oder nur teilweise verwirklicht werden kann. Dies kann auch

dazu führen, dass die Emittentin nicht mehr die erwartete EEG-Vergütung erhält. Dies wiederum kann Auswirkungen auf die Rückführung des Nachrangdarlehens durch die BWH KG und damit Auswirkungen auf die Rückführung dieses Nachrangdarlehens haben.

Es besteht das Risiko, dass die Emittentin aufgrund ihrer geschäftlichen Entwicklung während der Laufzeit der Vermögensanlage nicht in der Lage ist, die vereinbarten Zinsen bzw. die Rückzahlung des Nachrangdarlehens in voller Höhe oder zu dem jeweils vereinbarten Zeitpunkt zu bezahlen. Der unmittelbare wirtschaftliche Erfolg der Emittentin und damit auch der wirtschaftliche Erfolg der Vermögensanlage kann nicht garantiert werden und hängt von verschiedenen Einflussfaktoren ab. Dafür wesentlich sind die politischen Rahmenbedingungen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien, insbesondere der Energiegewinnung aus Erneuerbare-Energien-Anlagen. Weitere wesentliche Einflussfaktoren für den Erfolg oder Misserfolg der Emittentin ist der Marktwert des erzeugten Stroms aus Windenergieanlagen. Die Emittentin betreibt und entwickelt zudem weitere Windparkprojekte und Photovoltaik-Projekte mit vergleichbaren Laufzeiten entsprechender Nachrangdarlehen (inkl. vorinsolvenzlicher Durchsetzungssperre) durch Mitglieder der Emittentin und Bankdarlehen. Die Emittentin wird auch künftig weitere Projekte realisieren, die wahrscheinlich vergleichbare Gesamtkosten wie das hiesige Projekt aufweisen werden. Es besteht das Risiko, dass die Emittentin bei ausbleibenden Geschäftserfolg in Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit und somit in Insolvenz gerät. Im Insolvenzfall besteht das Risiko, dass das eingesetzte Kapital vollständig verloren ist (**Totalverlust**).

Der Betrieb der Windenergieanlagen ist mit Kosten, insbesondere für Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen, verbunden, die höher als prognostiziert ausfallen können. Es besteht das Risiko, dass während der kalkulierten Betriebsdauer technische Probleme auftreten, welche die Leistungsfähigkeit der Windenergieanlagen oder Teile davon beeinträchtigen oder dazu führen, dass die Windenergieanlagen oder Teile davon ausfallen und ggf. ersetzt werden müssen. Weiter besteht das Risiko, dass die Windenergieanlagen eine geringere Leistung erbringen als prognostiziert. Darüber hinaus können Materialermüdungen, nicht vorhergesehene technische Störungen sowie erhöhter bzw. früherer Verschleiß zu einer geringeren Leistung und/oder zu höheren Kosten als prognostiziert führen. Es besteht das Risiko, dass bestimmte Witterungsbedingungen, sonstige meteorologische Einflüsse, langfristige Klimaveränderungen oder unvorhergesehene Verschattungen dazu führen, dass die Erträge der Windenergieanlagen geringer ausfallen als prognostiziert. Gleiches gilt, wenn während der Laufzeit der Nachrangdarlehen am Standort der Windenergieanlagen das tatsächlich vorherrschende Windaufkommen geringer ausfällt als prognostiziert. Es besteht das Risiko, dass sich die für die Einspeisung der elektrischen Energie in das Stromnetz maßgeblichen gesetzlichen Grundlagen während der Laufzeit der Nachrangdarlehen dahingehend ändern, dass die Abnahme- und Vergütungspflicht der Energieversorgungsunternehmen gänzlich entfallen könnte, sich die Vergütungssätze reduzieren bzw. sich nur noch an den Marktbedingungen orientieren, dass die gesetzlichen Grundlagen ganz oder teilweise entfallen bzw. als rechtswidrig eingestuft werden. Es besteht auch das Risiko, dass nur in begrenztem Maße aus erneuerbaren Energien erzeugter Strom in das Stromnetz eingespeist werden darf. Dies würde die Marktaussichten der Emittentin deutlich verschlechtern. Es besteht das Risiko, dass der Betrieb der Windenergieanlagen durch nachträgliche behördliche Auflagen nur eingeschränkt erfolgen darf und der Ertrag durch den eingeschränkten Betrieb geringer ausfällt als angenommen. Die genannten Faktoren können jeweils für sich genommen

dazu führen, dass der Anleger die Verzinsung oder die Rückzahlung des Nachrangdarlehens nicht, nicht in voller Höhe oder nicht zu dem vereinbarten Zeitpunkt erhält. Die genannten Faktoren können jeweils auch zum Totalverlust des eingesetzten Kapitals führen.

Die Möglichkeit der Übertragung der Ansprüche aus dem Nachrangdarlehensvertrag ist in tatsächlicher Hinsicht stark eingeschränkt. Es gibt keinen geregelten oder organisierten Markt, an dem Nachrangdarlehen gehandelt werden. Auch Zweitmarkthandelsplattformen stellen keinen gleichwertigen Ersatz für geregelte oder organisierte Märkte dar. Der Anleger trägt daher das Risiko, dass er die Vermögensanlage nicht zu einem von ihm gewünschten Zeitpunkt veräußern kann. Im Falle der Veräußerung trägt der Anleger das Risiko, auf diesem Wege einen Veräußerungserlös unter dem tatsächlichen Wert oder unterhalb des ursprünglichen Investitionsbetrags zu erzielen.

Während der Laufzeit des Nachrangdarlehens ist die ordentliche Kündigung der Nachrangdarlehen grundsätzlich ausgeschlossen. Eine Ausnahme besteht unter weiteren Voraussetzungen dann, wenn der Anleger eine natürliche oder juristische Person benennt, die Mitglied der Emittentin ist und welche den Darlehensvertrag an seiner Stelle fortführt bzw. einen Ersatzvertrag schließt (siehe für weitere Information die Hinweise oben unter dem Stichpunkt „Kündigung“). Der Anleger trägt daher das Risiko, dass er das in dem Nachrangdarlehen gebundene Kapital benötigt, sich aber von dem Nachrangdarlehen nicht zu dem von ihm gewünschten oder benötigten Zeitpunkt trennen kann. Es besteht auch das Risiko, dass das Kapital des Anlegers über das Ende der Laufzeit hinaus gebunden ist, wenn die Emittentin zum Ende der Laufzeit zur Rückzahlung nicht oder jedenfalls nicht nach Befriedigung vorrangiger Gläubiger in der Lage ist. In diesem Fall kann der Anspruch des Anlegers auf Rückzahlung des Nachrangdarlehens aufgrund der Nachrangigkeit nicht durchgesetzt werden, solange die Rückzahlung einen Insolvenzgrund darstellen würde. Somit kommt diese dauerhafte Nichtdurchsetzbarkeit einem teilweisen oder totalen Verlust des vom Anleger gegebenen Kapitals gleich.

Der Anleger hat keine Möglichkeit, auf die Führung der Geschäfte der Emittentin Einfluss zu nehmen. Dem Anleger stehen in seiner Stellung als Nachrangdarlehensgeber aus dem Nachrangdarlehensvertrag auch keine Mitwirkungs-, Informations-, Kontroll- oder Auskunftsrechte zu. Dies kann dazu führen, dass der Emittent geschäftliche Entscheidungen trifft, mit denen der Anleger nicht einverstanden ist.

Zu weiteren Informationen zu den Risiken wenden Sie sich bitte an die BEG-FS.

Verschuldungsgrad

Der Verschuldungsgrad auf Grundlage des letzten aufgestellten Jahresabschlusses der Emittentin für das Geschäftsjahr mit Zeitraum vom 01.01.2024- 31.12.2024 beträgt 160 %.

4 Wie ist der Ablauf?

Schritt 1: Kontaktaufnahme

Falls Sie sich beteiligen möchten, teilen Sie uns ihr Beteiligungsinteresse umgehend, jedoch bis spätestens 19.10.2025 online

(www.buergerwind-Hohenkammer.de) formlos per Mail an Beteiligung@beg-fs.de oder per Brief mit. Bitte teilen Sie uns auch mit, ob Sie mehr als nur einen Darlehensanteil zu 1.000,00 € zeichnen möchten und ob Sie Interesse an einem Darlehensvertrag mit einer Laufzeit von ca. 10 Jahren oder ca. 20 Jahren haben. Die Interessensbekundung ist unverbindlich. Die Zeichnungswünsche werden in der Reihenfolge des Eingangs bei der BEG-FS berücksichtigt (Windhundprinzip).

Schritt 2: Zuteilung der Bürgerbeteiligung

Bis zu einem Volumen von 25% der zur Verfügung stehenden Anteile werden bis zum Stichtag 15.10.2025 Zeichnungswünsche von Anwohnern mit Hauptwohnsitz in 85411 Hohenkammer, 85293 Reichertshausen und 85238 Petershausen vorrangig vor Anwohnern anderer Gebiete berücksichtigt. Die Zeichnungswünsche werden insgesamt in der Reihenfolge des Eingangs bei der BEG-FS berücksichtigt (Windhundprinzip). Sollte das für die Anwohner mit Hauptsitz in den vorgenannten Gemeindegebieten reservierter Volumen i.H.v. 25 % der zur Verfügung stehenden Anteile bis zu dem oben genannten Stichtag nicht verbraucht sein, erfolgt die Verteilung der insoweit verbleibenden Anteile ebenfalls nach dem Windhundprinzip (maßgeblich ist auch insoweit der Veröffentlichungszeitpunkt der hiesigen Projektbeschreibung).

Schritt 3: Zeichnungsphase

Wir übersenden Ihnen nach Eingang Ihres berechtigten Zeichnungswunsches den von uns bereits unterzeichneten Darlehensvertrag, den Sie uns - nach gründlicher Prüfung spätestens nach zwei Wochen - unterschrieben zurücksenden.

Sollten Sie sich nach Studium des Darlehensvertrages entscheiden, sich doch nicht beteiligen zu wollen und uns dementsprechend keinen von Ihnen unterzeichneten Darlehensvertrag binnen der oben genannten Frist zurücksenden, kommt kein Darlehensvertrag zu Stande.

Hinweis: Das Angebot richtet sich ausschließlich an Mitglieder der BEG-FS. Informationen zum Beitritt sowie die Beitrittserklärung finden Sie unter www.BEG-FS.de.

Hinweis: Weitere Informationen zur BEG-FS (insbesondere Jahresabschluss 2024 und Jahresreport 2024 sind einsehbar unter www.BEG-FS.de.